



Keupers

kritischer

Kommentar

12-01-2017

Dezember 2017

„Wer mit der CDU koaliert, die nächste Wahl verliert!“

Deutschland scheint nach der Bundestagswahl politisch arg zerstritten zu sein. Der Versuch der „Wahlsiegerin“ Angela Merkel und ihre CDU eine neue Regierung zu bilden, gestaltet sich sehr schwierig. Das zuerst angestrebte Regierungsbündnis aus den Parteien von CDU/CSU, der FDP und den GRÜNEN verhandelte in Sondierungsgesprächen vor den eigentlichen Koalitionsgesprächen über 4 Wochen kontrovers, aber sehr medienwirksam, um letztendlich festzustellen, dass man nicht zueinanderfinden kann, weil eine Vertrauensbasis fehlt. Dass man sich nicht auf einen soliden Rahmen für die angestrebten Koalitionsgespräche einigen konnte. Die FDP zog die Reißleine, eventuell eingedenk der negativen Erfahrungen mit einer Koalitionsregierung, vor 8 Jahren mit der CDU, in welcher sie quasi „verbrannt“ wurde.

Doch viele Unternehmer hatten auf eine Jamaikakoalition gehofft. Beim Deutschen Arbeitbertag mischt sich daher Unverständnis über den Ausstieg von FDP-Chef Lindner mit Sorgen vor den Kosten einer neuen GroKo, da diese sich nun auf Vorhaben einigen könnte, die der Wirtschaft nicht passen. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer stellte dazu fest: "Es war für mich unvorstellbar, dass ein Jamaika-Bündnis nicht klappt".

Die SPD soll nun der Frau Merkel in den Sattel helfen.

Jetzt soll es nun quasi als 2. Wahl die SPD richten, welche richtigerweise direkt nach der Wahl ein weiteres Regierungsbündnis mit den Christdemokraten abgelehnt hatte, da sie in diesem Bündnis einer Großen Koalition, trotz erfolgreicher Durchsetzung mehrerer ihrer sozialen Politikvorstellungen, von den Wählern mit dem schlechtesten Ergebnis bei einer Bundestagswahl abgestraft wurde. Für FDP und SPD hat sich, wenn auch zeitlich versetzt, eben zum wiederholten Male die Aussage aus der Adenauer-Ära: „Wer mit der CDU koaliert, der die nächste Wahl verliert“ bestätigt. Damals, in den 50er Jahren, wurden die DP, der GB/BHE und teilweise auch die FDP unter Erich Mende, nach einer Regierungsbeteiligung mit der CDU, bei nachfolgenden Wahlen dezimiert. Die FDP hat damals nur überlebt, in dem sie in die Opposition wechselte und dann unter Willy Brandt mit der SPD koalierte.

Die sogenannte „Allgemeinheit“ der Wählerinnen und Wähler und insbesondere die Mainstream-Medien fordern nun von den Sozialdemokraten, dass sie sich aus Verantwortung gegenüber dem Staate und der Demokratie opfern müssen, um der CDU und der Kanzlerin Angela Merkel die Macht zu erhalten. Und die SPD wird, wie so oft in ihrer Geschichte, aus vermeintlicher „Staatsräson“ wohl oder übel diesen Weg gehen. Wobei es für die Sozialdemokraten fast egal ist, ob sie, oder ob sie nicht sich an der geforderten Koalitionsregierung beteiligen, von der Medienberichterstattung vor der

nächsten Bundestagswahl, ob vorgezogen oder termingerecht, wird ihnen ihr Handeln entsprechend vorgeworfen werden.

Sollte sie widererwartend nicht koalieren und damit eine solide Regierungsbildung, eine Machterhaltung für Frau Merkel und die CDU verhindern, wird ihr die vermeintliche „Krise der Demokratie“ angelastet, einer Krise, welche den Interessen der Wirtschaft und denen der Eliten schaden wird, und das ist unverzeihlich. Schließt sie mit der CDU ein Regierungsbündnis und setzt sie dabei einige ihrer sozialen Vorstellungen um, werden die Arbeitgeber, aber auch die Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen, wie zum Beispiel der Vorsitzende des Beamtenbundes Ulrich Silberbach, „Zeter und Mordio“ schreien, wenn ihre Interessen bzw. die ihrer Klientel beeinträchtigt werden.

Durchsetzung sozialer Politik in der Regierungsbeteiligung.

Wie aber könnten die Sozialdemokraten den geforderten Opfergang für die Demokratie noch positiv für sich gestalten? Natürlich damit, dass möglichst viele ihrer Vorstellungen in dem Koalitionsvertrag eingebracht und verankert werden, obgleich die Vertreter der Wirtschaft und die Lobbyisten der Ökonomie schon jetzt im Voraus Sturm dagegen laufen und Deutschlands Untergang prophezeien, wenn die bisher vorgebrachten sozialen Vorstellungen realisiert würden. Sie fürchten beinahe eine „soziale Revolution“, und werden sich mit aller Kraft dagegen stemmen. Deswegen sollten nötige oder wünschenswerte soziale Veränderungen nach dem Motto: „Wir erreichen unsere Ziele eher in kleinen (Trippel-) Schritten“ eingefordert werden, wenn dadurch auch eine längere Zeit benötigt wird, um das gewünschte Endziel zu erreichen, (Andrea Nahles weiß, wie man das macht). Also keine „linke Revolution“, sondern mehr eine soziale „linke Evolution“, sollte die Strategie der Sozialdemokraten bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen mit den Konservativen sein. Wichtig ist auch in der Folgezeit, nach Bildung einer Regierungskoalition, dass bei Entscheidungen in der Legislaturperiode, zum Beispiel in Folge weiterer nicht voraussehbarer politischer Herausforderungen, immer die Handschrift der SPD erkennbar ist und entsprechend medial publikumswirksam herausgestellt wird. Wenn diese Herausstellung nicht durch die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung oder durch die eher koalitionsgebundene SPD-Bundestagsfraktion möglich ist, muss dieses durch den Parteivorstand erfolgen. Dies bedeutet, dass der Parteivorsitzende der SPD nicht der Koalitionsregierung angehören sollte!

Ein guter Kontakt zur Parteibasis und den Wählern ist notwendig.

Wichtig ist außerdem, dass die Partei auch während der Teilhabe an einem Regierungsbündnis, ständig Gesprächs- und Diskussionskontakte mit ihrer Basis, aber auch zu den Bürgerinnen und Bürger unterhält und ihre politischen Vorstellungen, eventuell auch abweichend zu denen der Koalitionsregierung präsentiert. Der Kontakt der Parteiführung mit der Parteibasis, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Lande ist die Voraussetzung für einen späteren erfolgreichen Wahlkampf. Wir müssen trotz der Kompromisse wegen einer Koalitionsbindung unsere politischen Ideen progressiv vertreten, unsere politisch Handelnden herausstellen und unterstützen. Wir müssen uns ein Image als Kümmerer für mehr soziale Gerechtigkeit, für ein mehr an sozialer Gesellschaft erarbeiten.

Wenn die SPD zukünftig so auftritt und zukunftsorientiert soziale Politik umsetzt und sie auch ggf. in einer ungeliebten GroKo durchsetzen kann, dann wird auch ein Regierungsbündnis mit der CDU/CSU eine positive Resonanz für die Sozialdemokratie erzeugen, und die Eingangs zitierte Aussage: „Wer mit der CDU koaliert, der die nächste Wahl verliert“ widerlegen!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 01. Dezember 2017

Heinrich Keuper